

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



Verfahrenene Verfahren

Seite 5

Führungskräfteleitbild veröffentlicht

KONSENS mit EVA gefunden: ZAUBERhafte AUSTERN in USLO

Aus dem Tagebuch der Sachbearbeiterin D. aus B.



Montagsmorgen, 8.00 Uhr

Den dampfenden Kaffeepott in der Hand habe ich gute Vorsätze für diese Woche: endlich wieder Freund zu werden mit meinem Gegenüber! Der Kollege war extrem launisch in letzter Zeit. Lag vielleicht auch an mir, er fühlte sich wohl häufig verstanden ...

Also ran an die Kiste, anmelden, Aufrufen des Fachinfos (hab ich schon zwei Wochen ignoriert, ist sowieso vieles unverständlich für mich oder geht mich nix an, aber heute: Gute Vorsätze ...) Da ist es wieder: „Einführung von Mozilla Thunderbird ...“

Während ich die Meldung überfliege, entsteht in meinem Kopf unweigerlich das Bild einer Riesenechse in einer Großstadt, vor der die Menschen schreiend wegrennen ... Ansonsten nichts Wichtiges, hurra. Heute wird veranlagt, das wird Hal (spricht: Hell) gefallen! Ich habe ihn Hal genannt, meinen Kollegen Computer, ich musste ihm einen Namen geben. So etwas schafft Vertrauen, dachte ich. Eine persönliche Bindung. Außerdem bestimmt er mein Leben mehr und mehr, ohne dass ich es verhindern kann. Schon lange vorbei sind die Zeiten, in denen er mir diente und mir die Arbeit erleichterte. Angesichts der unzähligen Anwendungen, die er mir aufdrängt, bin ich schon lange ihm untergeordnet. Aber das ist gut so, er besorgt das Denken, ich ihm die Daten, er macht die Ergebnisse. Dabei muss ich mich anstrengen, um ihm die Daten richtig zuzuspielen: schon bei der Steuernummer will er mal die Angabe von Bundesland und Finanzamt, mal nur die FA-Nummer, mal keines von beidem. Wenn ich durcheinander komme, meckert er „Schwerer Fehler!“

9.30 Uhr

Drei Erklärungen geprüft und abgeheftet, foliiert und Blatthinweise angebracht (der letzte kleine Rest meiner Individualität, den ich hartnäckig verteidige, auch wenn die jüngeren Kollegen mich für hoffnungslos altmodisch halten). So, nun die richtigen Programme aufrufen: Gruß an EVA, die verbis(s) sich auch immer ironische

Kommentare. Ich schweife ab. Bevor ich noch die Fälle eingeben kann, gibt's Hinweise von Eva, Hinweisfälle vielmehr. Mmh. Erst die oder erst meine Veranlagungen? Gute Vorsätze ... ok. Hinweisfälle abarbeiten, dann eine Neuaufnahme. Diese konnte bisher meine Kollegin vollständig alleine bearbeiten, aber heutzutage ist doch da diese ZAUBERliste, die abzuarbeiten ist. Ich rufe ZAUBER auf, ich warte ... im ZAUBERwald begegnet mir wieder EVA, die der ELSTER gefolgt ist auf der Suche nach dem heiligen Ort USLO. Zwischen uns besteht KONSENS, dass es kalt ist hier draußen und verwirrend und dunkel. Wir finden eine AUSTER, aber diese hat leider keine Perle innen drin. Wir haben Hunger und essen eine BiFi und la LUNA schwebt über allem ... Bei ZAUBER gebe ich den Namen meines Steuerpflichtigen ein und lasse suchen. 7 Treffer, alle heißen anders und kein Name hat die geringste Ähnlichkeit mit meinem Steuerpflichtigen??? Ich verlasse schnell das Programm und vermerke „Fehlanzeige“ in der ZAUBER-Verfugung.

12.30 Uhr, Mittagspause

Habe diese Hinweisfälle endlich alle weg, wie auch immer. Ich will nicht, dass die ausgedruckt werden. Die Bescheide sehe ich sowieso nur noch online, wenn nicht gerade ein Einspruch kommt. Hal gibt Ruhe für den Augenblick, aber ich muss jetzt mal ne Pause machen. Aber danach, da fange ich endlich mit dem Veranlagung an!

15.30 Uhr, Nachmittagstiefpunkt, moralischer

Ich habe die Fälle eingegeben. Hal maulte hier und da, die eine Kennziffer sei wahrscheinlich zu groß und bei den Verlustvorträgen des anderen Falles bin ich auch wieder nicht durchgestiegen, egal. Hauptsache die Statistik stimmt. Die Proberechnungen ergaben keinen Abbruch, was an und für sich schon ein Erfolg ist. Die Augen brennen und der Rücken schmerzt. Ich bin erschöpft und unzufrieden und komme mir vor wie im Film: Ich renne im Kreis, renne und renne und komme nie an. Demnächst werden sie die Akten abschaffen, dann gibt es nur noch Hal und mich. Wahrscheinlich wird auch er dann mit einer Stimme ausgestattet, damit er menschlicher wird. 2006 – Odyssee im Finanzamt. Was passiert eigentlich, wenn Hal heute sagt: „Es werde Licht!“?

Mitarbeiterbeteiligung unverzichtbar

Schlaglicht

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist durch permanente Angriffe der öffentlichen Arbeitgeber auf die in vielen Jahren durch die Mitglieder der Gewerkschaften erkämpften Arbeits- und Gehaltsbedingungen geprägt. Das hat einmal mehr die gerade beendete Tarifaueinandersetzung gezeigt. Zehntausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ländern und Kommunen haben mit ihrer Gewerkschaft ver.di engagiert Abwehrkämpfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, die Verringerung von Gehaltszahlungen und den Wegfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeld geführt. Ohne diese Abwehrkämpfe und ohne eine starke Gewerkschaft hätten die öffentlichen Arbeitgeber ihre Ziele mühelos durchsetzen können. In der Tarifaueinandersetzung ist es jedoch nach einem wochenlangen Streik gelungen, den Flächentarifvertrag zu erhalten.

Die Bundesländer setzen ihren Wettlauf um die schlechtesten Bezahlungsbedingungen auch nach dem Tarifabschluss fort. Sie haben die Gesetzgebungskompetenz für die Beamtenbesoldung und -versorgung im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform erhalten, obwohl dagegen intensivste Lobbyarbeit geleistet worden ist. Es ist zu befürchten,

dass die Länder, auch Berlin, die neuen Zuständigkeiten zum Nachteil der Beamtinnen und Beamten nutzen werden. Dagegen muss in den Ländern jeweils mobil gemacht werden. Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich organisieren und an Aktivitäten teilnehmen, desto größer ist die Chance, weitere negative Entwicklungen zu verhindern.

Um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung zu vertreten, ist die enge Zusammenarbeit mit den Personalräten in den Finanzämtern und mit dem Gesamtpersonalrat erforderlich. Permanente Änderungen von Programmen und der Arbeitsorganisation sind an der Tagesordnung und werden weiterhin auf uns zukommen. Jede Maßnahme ist auf ihre Sinnhaftigkeit zu prüfen. Die Verwaltung muss diese Änderungen behutsam und unter Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen durchführen. Sinnvolle Fortbildungsmaßnahmen haben diese Veränderungsprozesse zu begleiten. Dafür treten wir ein.

Das sind nur einige der vor uns liegenden Aufgaben. Wir werden uns diesen Aufgaben stellen, Sie informieren und uns in Ihrem Interesse einmischen.

Mit den besten Grüßen
Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel
Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin

Die vau und weitere
Informationen und
Links können Sie bei
www.vau-online.de
einsehen.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,
Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Michael Peters, michael.peters@verdi.de
Redaktion: Klaus-Dieter Gössel,
Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman
Layout: Manfred Schultz
Herstellung: tableau GmbH
www.ver.di.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de



Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

Entscheidung der Jugend!



Nadine Lichhorn

23 Jahre, Steuersekretärin
im FA Wilmersdorf,
Vorsitzende GJAV,
ordentl. Mitglied HJAV,
Stellv. JAV im FA
Wilmersdorf



Francisca Bier

25 Jahre, Steuersekretärin
derzeit Sen Inn,
1. Stellvertreterin GJAV,
Vorsitzende HJAV,
JAV im FA Trep./Köp.



André Knoblauch

24 Jahre, Steuerinspektor
z. A. im FA Kö III,
2. Stellvertreter GJAV,
Ersatzmitglied HJAV,
JAV im FA Kö III



Nadine Lichhorn (FA Wilmersdorf), André Knoblauch (FA f. Körperschaften III), Ricarda Weinert (FA Mitte/Tiergarten), Björn Wischeropp (FA Treptow/Köpenick), Dajana Voigt (FA Treptow/Köpenick), Francisca Bier (FA Treptow/Köpenick)

Hallo KollegInnen!

Wie wir euch in der letzten vau informierten, haben am 16. Mai die Wahlen für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen in unseren Finanzämtern stattgefunden.

Dank eurer Unterstützung und eures Vertrauens konnten wir sowohl bei den Wahlen zur Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) als auch zur Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) einen guten Erfolg erzielen.

Insgesamt haben 165 AnwärterInnen die Gelegenheit genutzt selbst über den Ausgang der Wahlen mit zu entscheiden.

100 der 163 gültigen Stimmen bei der GJAV-Wahl entfielen auf unsere „Liste 1 – ver.di und Nichtorganisierte“. Daraus ergibt sich die Sitzverteilung von 6:3 (!) zu unseren Gunsten.

Somit stellt unsere Fraktion den gesamten Vorstand durch Nadine Lichhorn (Vorsitzende), Francisca Bier (1. stellvertretende Vorsitzende) und André Knoblauch (2. stellvertretender Vorsitzender).

Das Wahlergebnis der HJAV fiel mit 98 zu 63 Stimmen ähnlich gut wie das der GJAV aus. Insgesamt entfallen sieben der neun Sitze in der HJAV auf die ver.di-Fraktion.

Auch hier werden die Aufgaben des Vorstandes durch KollegInnen der „Liste 1“ wahrgenommen.

Zur HJAV-Vorsitzenden wurde Francisca Bier gewählt. Die damit verbundene Freistellung nimmt sie seit dem 9. Juni im HJAV-Büro in der Senatsverwaltung für Inneres wahr. Dort wird sie von ihren Stellvertretern Christian Schreiber und Thomas Auer unterstützt. Nadine Lichhorn ist ebenfalls ordentliches Mitglied in der HJAV.

Durch das Engagement des GJAV-Vorstandes in der HJAV ist der Grundstein für eine weitere gute Zusammenarbeit gelegt.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, uns bei allen zu bedanken, die uns unterstützt haben und an uns geglaubt haben. Dieses deutliche Wahlergebnis gibt uns Motivation und Kraft für die nächsten zwei Jahre und zeigt uns, dass unsere bisherigen Mühen von euch anerkannt worden sind.

DANKE!

Wie aus heiterem Himmel SenFin veröffentlicht Führungskräfteleitbild

Plötzlich war es da, mittendrin im Fachinfo und damit in der Finanzamtslandschaft: das Führungskräfteleitbild. Die Führungskräfte und natürlich auch alle anderen Beschäftigten in den Finanzämtern wissen nun endlich seit Ende April, wie sie so sein sollen, die Vorgesetzten in der Steuerverwaltung. Wenig Neues ist hier jedoch zu lesen, und umspült wird das Ganze mit allgemein gehaltenen Aussagen, die häufig wenig griffig sind. Dennoch schreibt SenFin, dass dieses Führungskräfteleitbild eine „Orientierung für Führungskräfte“ bieten soll und vor allem, dass es „der Personalentwicklung zu Grunde gelegt“ werde.

Bei so herausragenden Zielen, die mit den zwei veröffentlichten Din-A4-Seiten verfolgt werden, wundert es schon ein wenig, dass sofort im nächsten Satz die Abschwächung folgt. Denn, so weiß SenFin zu erläutern, wir lesen nur „die ausschnittsweise Beschreibung einer idealtypischen Führungskraft“. Und eines scheinen die Verantwortlichen in der Senatsverwaltung dann doch sicher zu wissen: „In der Praxis wird voraussichtlich niemand allen Anforderungen des Leitbildes in gleicher Weise entsprechen können“. Damit hat die Senatsverwaltung ihre Einstellung zu den Führungskräften in den Finanzämtern deutlich gemacht, und das ist wahrlich kein Grund zur Hämme.

Viele von uns haben bereits einschlägige Erfahrungen in den Finanzämtern machen können, wie stark



Motivation und Arbeitszufriedenheit vom Verhalten von VorsteherInnen und SachgebietsleiterInnen abhängen. Besonders nach einem Wechsel in der Führung wird das spürbar.

Nur Alibi?

Wir brauchen in den Finanzämtern Führungskräfte, die neben fachlichen Fähigkeiten ein hohes Maß an sozialer und kommunikativer Kompetenz entwickeln, die veränderungs- und lernbereit sind, die mit Konflikten umzugehen wissen, die selbst kritikfähig sind und die die Beschäftigten in den Finanzämtern und deren Bedürfnisse und Sorgen ernst nehmen.

Das alles fällt nicht vom Himmel, auch nicht durch die Veröffentlichung eines Führungskräfteleitbildes.

Die Führungskräfte in der Senatsverwaltung für Finanzen bis hin zum Senator selbst müssen zeigen, dass es Ihnen ernst ist damit. Sie sind es, die als erste eine neue Führungskultur vorleben müssen. Und sie müssen den Führungskräften in den Finanzämtern auf breiter Ebene Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten anbieten, die mehr als nur ein Alibi sind. Wenn das alles erreicht ist, kann tatsächlich eine Veränderung in Gang gesetzt werden.

Kürzung bei Stufensteigerung für Angestellte

ver.di-Kritik: SenFin korrigiert eigenen Fehler nur teilweise

In § 6 des Anwendungstarifvertrages Berlin wurde vereinbart, dass Stufensteigerungen (Altersstufen), die in der Zeit vom 1. August 2003 bis 31. Juli 2005 eintreten, für einen Zeitraum von 12 Monaten nur zur Hälfte gezahlt werden. Hiervon betroffen waren Angestellte, die am 1. August 2003 noch nicht die letzte Stufensteigerung ihrer Vergütungsgruppe erreicht hatten. Nach Ablauf der 12 Monate sollte die Stufensteigerung dann in voller Höhe gezahlt werden.

Infolge eines IPV-Eingabefehlers erfolgte die Kürzung der Stufensteigerung über die 12 Monate hinaus. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat die Betroffenen zwischenzeitlich ermittelt und wird diese anschreiben. Davon betroffen sind in den Finanzämtern und der

Senatsverwaltung für Finanzen insgesamt 23 Angestellte. Die Nachzahlung der zu Unrecht einbehaltenen Beträge soll mit dem Gehalt für Juni 2006 erfolgen, allerdings nur für die letzten 6 Monate. Dabei beruft sich die Verwaltung auf § 70 BAT.

Arbeitsrechtlich ist das Verhalten zwar nicht zu beanstanden. Eine freiwillige Nachzahlung aller zu Unrecht einbehaltenen Beträge wäre aber möglich gewesen.

ver.di kritisiert, dass die Senatsverwaltung für Finanzen zu einer solchen großzügigen Regelung nicht bereit war. Wir finden diese Vorgehensweise unsozial und ungerecht gegenüber den Betroffenen, zumal der Fehler eindeutig auf Seiten der Verwaltung lag.



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, z. Hd. Michael Peters, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____ Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

- Arbeiter/in Angestellte/r
- Beamter/in DO-Angestellte/r
- Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

- Vollzeit
- Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.
- Arbeitslos
- Wehr-/Zivildienst bis _____
- Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
- Schüler/in – Student/in bis _____
- Praktikant/in bis _____
- Altersteilzeit bis _____
- Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich vierteljährlich
- halbjährlich jährlich einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjaar _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfempfänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Planvoll fördern

Neuer Frauenförderplan liegt vor

„Wozu brauchen wir denn einen neuen Frauenförderplan, es gibt doch schon viel mehr Frauen als Männer in den Ämtern?“

Solche oder ähnliche Äußerungen sind nicht nur von Männern zu hören. Und in der Tat liegt der Frauenanteil in den Finanzämtern insgesamt inzwischen bei 68,1 %. Doch wer genauer hinsieht merkt schnell, dass schon in der Besoldungsgruppe A 12 Schluss ist mit der Gleichberechtigung. Hier beträgt der Frauenanteil nur noch 40,2 %. Und in A 13 S, also der Endstufe des gehobenen Dienstes, sind es sogar nur 22,4 % der Stellen, die von Frauen besetzt sind. Keine wirklich überraschenden Ergebnisse, denn seit langem ist bekannt: je höher die Posten, desto niedriger die Anzahl von Frauen, die sie innehaben. Und daran hat sich auch in den vergangenen Jahren zu wenig geändert.

Der Frauenförderplan ist also alles andere als überholt. Aber er ist nur eines von mehreren Instrumenten, um diese geschlechtsbezogenen Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Und so unwahrscheinlich es klingen mag, auch Männer profitieren vom Frauenförderplan. **„Eine flexible Arbeitszeit bietet Frauen und Männern die Möglichkeit, ihre persönliche Lebensplanung nicht nur aus familiären Gründen besser zu gestalten“**, heißt es da ausdrücklich. Eine Erkenntnis, die erstmalig in den Frauenförderplan aufgenommen wurde.

Immer mehr Männer wollen mehr sein als nur der „Haupternährer“ der Familie. Sie wollen als aktive Väter leben und einen größeren Anteil an der Familienarbeit wahrnehmen.

Doch nicht nur Familie, sondern auch ganz individuelle, persönliche Gründe können zum Anlass für eine Reduzierung der Arbeitszeit genommen werden. Und eine Benachteiligung aufgrund von Teilzeitbeschäftigung ist nicht zulässig. Das gilt natürlich auch für Männer und Frauen in Führungs- und Leitungspositionen.

Und noch eine Neuerung im frisch erstellten Plan fällt auf. Gender Mainstreaming wurde als neue gleichstellungspolitische Strategie festgeschrieben. Anerkannt wird hier, wie auch in der Politik, dass Gender Mainstreaming eine gezielte Frauenförderung nicht ersetzen kann, aber parallel dazu von großem Nutzen für Männer und Frauen ist. Weiter heißt es: **„Bei allen Maßnahmen der Personalwirtschaft wird der Ansatz des Gender Mainstreaming berücksichtigt und darauf hingewirkt, dass in allen Bereichen Frauen und Männer paritätisch vertreten sind.“**

In zwei Jahren wird es eine Aktualisierung des Frauenförderplans geben. Dann können wir erkennen, ob wir einer geschlechtergerechten Wirklichkeit ein Stück näher gekommen sind.

Deutschlands kundenfreundlichste Krankenkasse*
*In Sachen Kundenzufriedenheit bei drei weiteren Krankenkassen laut Kundenmonitor Deutschland 2008

GEK
 Gmünder ErsatzKasse

Jetzt wechseln
 zu Deutschlands kundenfreundlichster Krankenkasse*:
 0800/43 54 636 - www.gek.de
 GEK Berlin-Spandau,
 Nonnendammallee 42/3,
 Tel: 030/3549280,
Berlin-Spandau@gek.de

GEK extra

“Bei meiner Gmünder gibt's unglaublich viele Extras. Die nicht mal extra kosten.“

Über das Maximum der gesetzlichen Leistungen hinaus gibt es bei der Gmünder eine ganze Reihe von Extra-Leistungen, die uns zur kundenfreundlichsten Krankenkasse* in Deutschland gemacht haben. Und alles zu einem äußerst attraktiven Beitragssatz.

Mit uns geht's Ihnen gut.

www.gek.de

Flächentarifvertrag gesichert

Tarifauseinandersetzung mit den Ländern beendet

Am Abend des 19. Mai 2006 haben sich ver.di und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) im längsten Tarifkonflikt seit über 80 Jahren nach 14 Wochen Streik geeinigt und einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Dies allein ist schon als Erfolg anzusehen, denn im Laufe der Auseinandersetzungen musste befürchtet werden, die Länder würden sich endgültig aus dem einheitlichen Tarifvertrag verabschieden und ihre eigenen 16 Süppchen für ihre Beschäftigten kochen. Dies hätte neben noch viel unübersichtlicheren Vorschriften in den einzelnen Ländern vor allem zu einer weiteren Schwächung der Arbeitnehmerstellung in künftigen Tarifauseinandersetzungen geführt, denn flächendeckende Streiks sind bei unterschiedlichen Laufzeiten der Verträge und unterschiedlichen Forderungen und Gegen-

forderungen in einzelnen Ländern nur sehr schwer – wenn überhaupt – organisierbar.

Dieser Erfolg ist aber umso größer, als der Abschluss des Tarifvertrages nicht unter Aufgabe aller übrigen Forderungen der Gewerkschaft ver.di erfolgte, sondern sich auch hier die Arbeitnehmer in großen Teilen durchsetzten. Natürlich ist der Abschluss ein Kompromiss, und natürlich hätte man sich – wie in diesen Zeiten immer – ein besseres Ergebnis gewünscht. Dem Ansinnen der Länder aber, Sonderzahlungen abzuschaffen, weitere Lohnerhöhungen möglichst zu verhindern und die 40-Stunden-Woche flächendeckend einzuführen, wurde mit diesem Abschluss eine klare Absage erteilt. Die Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) wird nach Entgeltgruppen gestaffelt zwar abgespeckt aber nicht gänzlich abgeschafft, das Urlaubsgeld für alle Beschäftigten, die bereits vor dem 30.6.2003 beschäftigt waren, weiter gezahlt. Für dieses Jahr wurde eine Einmalzahlung von bis zu 150 Euro und für 2007 zwei Zahlungen von je bis zu 310 und 450 Euro vereinbart, abhängig von der Entgeltgruppe. 2008 werden die Gehälter in West und Ost um 2,9 % erhöht. Die 40-Stunden-Woche wurde verhindert, hier wurden allerdings für die einzelnen Länder unterschiedliche Regelungen verabschiedet. Diese hier darzustellen, würde den Rahmen sprengen.

ver.di ist angetreten, den seit der Kündigung der Tarifverträge in 2004 (Arbeitszeit) tariflosen Zustand zu beenden und ein neues, zukunftsfähiges Tarifrecht für die Länder zu schaffen. Dies ist gelungen! Darauf können alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen stolz sein. Wir werden uns allerdings in Zeiten leerer Haushaltskassen auf weitere harte Auseinandersetzungen einrichten müssen. Der beste Schutz vor Verschlechterungen im Tarifrecht ist und bleibt eine (mitglieder-) starke Gewerkschaft. Da Berlin nicht mehr Mitglied in der TdL ist, müssen wir uns mit dem Senat allein messen. Da sind alle gut beraten, die ver.di an ihrer Seite haben!

Besoldung

ver.di fordert Übernahme des Tarifergebnisses

Bundesvorstandsmitglieder Christian Zahn (ver.di) hat die Ministerpräsidenten aufgefordert, das Tarifergebnis mit den Bundesländern auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident ..., nach dem gemeinsamen Tarifabschluss zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft halten wir es für erforderlich und gerechtfertigt, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten in Ihrem Bundesland zu übertragen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamte arbeiten jeden Tag zusammen und tragen gemeinsam zu hochwertigen Dienstleistungen im öffentlichen Dienst bei. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt zudem vielfach unabhängig vom Status der Beschäftigten.

Wir bitten Sie, die Regelungen ... für Beamtinnen und Beamte zu übernehmen.“